

Schönburger Tageblatt

Waldenburger Anzeiger

Erscheint werktägl. Nachm. Bezugspreis monatlich im voraus 150 G.-Pfg. freibl., auschl. Erägerl. Einzelne Nr. 10 Goldpf., Sonntags-Nr. 20 Goldpf. Anzeigenpreise: 6 gesp. Petitzeile 0,15 Goldmark, 9. außerhalb des Bezirkes 0,20 Goldmark, 3 gesp. Reklamezeile 0,45 Goldmark, Hinweise auf Anzeigen und Eingekaufte 0,10 Goldmark, Nachweise- und Offertengebühr 0,20 Goldmark, Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Seit dem 1. 1. 1878. Fernsprecher Nr. 9. Postfach Nr. 8. Postkontonummer Amt Leipzig Nr. 4438. Bankkonto: Barmbeim in Waldenburger Stadtkonten Waldenburg 16. Rabatte gelten nur bei pünktlicher Zahlung, bei zwangsweiser Eintreibung der Rechnungsbeträge wird jeder Nachschuß hinfallig.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichten zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen.

Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsverleger-Bereins (L. V.) - Verlagsort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabetag erbeten Ausgabe nachmittags 1/3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Obergasse 38. Erfüllungsort Waldenburg. Filialen in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Esche; in Wollenburg bei Herrn Linus Friedemann; in Penzig bei Firma Wilhelm Dahler; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirsten.

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Ausperrung, Maschinenbruch, Schwingen im Betrieb der Druckerei oder unter Umständen bei der Bezieher keinen Anspruch auf Erhalt der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Für Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

Zugleich weit verbreitet in den Ortsgemeinschaften der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederviera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wollenburg und Ziegelheim.

Nr. 279

Sonnabend, den 29. November 1924

47. Jahrgang.

Ungeheuer ernste Lage in Aegypten.

Der Reichskanzler bedauert die große Parteizersplitterung. General v. Nathusius hat seinen Kassationsantrag nicht zurückgezogen.

Der Reichsanwalt hat das Vorverfahren gegen General v. Nathusius aufgenommen.

Die deutsche Reichsbahngesellschaft erhält einen Kredit von 15 Millionen Dollar.

Deutschland muß 36 Millionen Goldmark Entschädigung an Polen bezahlen.

Zwischen Oesterreich und der Tschecho-Slowakei wurde ein Handelsvertrag unterzeichnet.

Die französische Herrschaft in Tunis wird durch bolschewistische Einflüsse bedroht.

In Kairo kam es zu Zusammenstößen zwischen englischen Truppen und der Bevölkerung.

Die Türken protestieren gegen die englische Aktion in Aegypten.

Auch Kanada lehnt das Genfer Protokoll ab.

Waldenburg, 29. November 1924.

Unter den heutigen leitenden Ministern in Europa steht der italienische Premierminister Benito Mussolini einzig da. Er hat einen vollständig neuen Typ eines modernen Ministers geschaffen, der in dem äußeren Rahmen eines konstitutionellen Beamten die kaum eingeschränkte Macht eines Diktators ausübt. Während des Weltkrieges hatten Clemenceau in Frankreich und Lloyd George in England sich dieselbe Gewalt angeeignet, aber dieser Tatsache lag der außerordentliche Kriegszustand zugrunde. Die Parlamente in Paris und London überließen den beiden Männern nur zu gern die Verantwortung, während Mussolini seit zwei Jahren im vollen Frieden den Willen des Parlamentes, wie des Königs in Rom ausgeschaltet hat und nur seinem eigenen Kopfe folgt. Das will um so mehr bedeuten, als in Italien nach dem Kriege eine sehr starke revolutionäre Strömung herrschte.

Der Lebenslauf des „jungen“ Mussolini, bei seiner Ueberrahme der italienischen Regierung war er erst 39 Jahre alt, ist ein ganz eigenartiger. Er ist 1883 in der durch die radikale Gesinnung ihrer Bewohner bekannten Provinz Romagna geboren, wurde Mittelschullehrer, füllte aber bald um, wurde Journalist und Redakteur des sozialistischen Blattes „Avanti“ in Rom. 1914 trat er für die Teilnahme Italiens am Kriege ein und wurde deshalb aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen. Dafür rächte er sich nach dem Kriege und gründete in Mailand die antisozialistische Partei der Faschisten (von dem Worte Fäse, die Rutenbündel, welche im alten Rom den Konsuln die Zeichen ihrer Würde als oberste Staatsbeamte als vorangetragen wurden), die sich bald über ganz Italien verbreitete und in die namentlich die Kriegsteilnehmer eintraten. Ihre Tracht waren schwarze Blusen im Geiste der Faschisten der Sozialisten. Bei den ersten Wahlen, an denen sich die neue Partei beteiligte, errang sie 14 Sitze. Im November 1922 teilte Mussolini mit dem Ministerium Facto in Konflikt und kommandierte alle seine Tausende von Anhängern zum Zuge auf Rom. Die Regierung wollte diesem offensibaren Staatsstreik mit Waffengewalt begegnen, aber König Viktor Emanuel III., der einen Bürgerkrieg und einen Sturz der Monarchie befürchtete, berief den kühnen Revolutionär zum Ministerpräsidenten, der seine Stellung durch Wahlen, die ihm eine große Mehrheit brachten, befestigte.

Die Ausschreitungen, die sich einzelne Faschisten zuschulden kommen ließen, bedrohten nachgerade Mussolinis Stellung doch und die alten politischen Führer ertrugen nur schwer die Herrschaft des „Emporkömmlings“. Da bildete sich dieser aus seinen Anhängern eine 400 000 Mann zählende, militärisch organisierte staatliche Miliz und hatte sich damit ein Hilfskorps geschaffen, auf das er sich unbedingt verlassen konnte. Auch die Armee gewann er, indem er die Generale Cadorna und Diaz zu Feldmarschällen ernannte. So ist Mussolini heute in Wahrheit der ungekrönte König von Italien.

So, wie er sich von den alten Parteien losmachte, befreite er sich auch von dem Einfluß der Entente und stellte die italienische auswärtige Politik

auf eigene Füße. Egoistisch, strupellos, rücksichtslos, nur auf den Vorteil Italiens bedacht. Der großen Masse seiner Landsleute hat er durch seine Energie und seine Erfolge imponiert, bei der Entente ist er freilich wenig gut angeschrieben. Von diesem modernen aller heutigen Minister ist noch viel an Ueberraschungen zu erwarten, und er sucht Hilfe für seine Pläne, wo er sie findet, selbst in Moskau. Denn sein Ziel ist deutlich, nicht mehr und nicht weniger, als eine Wiederherstellung des alten Imperium Romanum in Südeuropa, in Nordafrika und in Vorderasien.

Dollar-Kredit der Reichsbahn.

15 Millionen Dollar bis 31. Januar 1926.

Die deutsche Reichsbahn-Gesellschaft hat mit einer Bankengruppe von Engländern und Amerikanern ein großes Kreditgeschäft abgeschlossen. An dieser Bankengruppe sind dieselben Häuser beteiligt, die vor kurzer Zeit einen Teil der Goldaktien der deutschen Bank übernommen haben.

Zwischen einem unter der Führung der Herren Speyer u. Co. stehenden Bankkonsortium in Newyork, dem noch die Chase Securities Corporation, Blair and Co. Inc., The Equitable Trust Comp. of Newyork, die Bank of the Manhattan Comp., S. Schröder Banking Corporation angehören und einer unter Führung der Herren Henry Schröder and Co. stehenden Londoner Bankengruppe und der deutschen Reichsbahn ist ein Abkommen erzielt worden, nach dem die Banken der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft bis zum 31. Januar 1926 das Recht einräumen, einen Kredit in Höhe von 15 Millionen Dollar, teils in Dollar, teils in Pfund Sterling, für den Bedarfsfall in Anspruch zu nehmen. Die Gesellschaft hat Wert darauf gelegt, sich diesen Kredit zu sichern, weil für unvorhergesehene Fälle noch keine flüssigen Mittel aus dem Bahnbetrieb zur Verfügung stehen.

Es ist also nicht beabsichtigt, diesen Kredit sofort in Anspruch zu nehmen, es kommt der Reichsbahn-Gesellschaft lediglich darauf an, für alle Fälle über flüssige Geldmittel verfügen zu können, die der Betrieb der Bahn bisher nicht abgeworfen hat. Die neue Reichsbahngesellschaft wird sich nach ihrer Verfassung bei der Verwaltung mehr als bisher von kaufmännischen Gesichtspunkten leiten lassen und wird den Betrieb zur äußersten Rentabilität aus- und umbauen. So plant man eine erhebliche Erweiterung der eigenen Werkbetriebe. Die Gesellschaft will ferner einen großzügigen Propagandaapparat schaffen, der nicht nur den internationalen Personenverkehr in Deutschland, sondern auch unseren Güterverkehr heben soll. Zur Stärkung des Fremdenverkehrs schwebt ihr z. B. auch die komfortablere Ausattung der Eisenbahnwagen vor. Zur Durchführung dieser Pläne sind größere Geldmittel erforderlich, die aus dem Betriebe zurzeit nicht gedeckt werden können.

General v. Nathusius in Kassel.

Begeisterter Empfang auf dem Bahnhof.

General von Nathusius traf von Bebra kommend auf dem Oberstadtbahnhof in Kassel ein. Eine nach Tausenden zählende Volksmenge hatte sich am Bahnhof eingefunden, um den greisen General in seiner Heimatstadt zu empfangen. Auch die Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden hatte Vertreter entsandt. Als der General aus dem Zuge stieg, wünten ihm brausende Hochrufe entgegen.

Oberpräsident Dr. Schwander

begrüßte den General im Namen der Reichs- und Staatsbehörden. In seiner Ansprache hob er hervor, daß die gesamte Bürgerschaft ohne Unterschied des Standes, der Klassen und der politischen Gesinnung sich freiwillig eingefunden hätten, um dem General zu bezeugen, daß sie ihn als einen zu Unrecht geschmähten und verurteilten Ehrenmann in der Heimat begrüßen und ihm danken wollten, daß er all dieses Ungemach seiner Zugehörigkeit zum deutschen Volke wegen erlitten habe. Alle, die in Deutschland die Verhandlungen

gelesen haben, seien davon durchdrungen, daß es vollkommen ausgeschlossen sei, daß Nathusius sich an fremdem Eigentum in irgendeiner Form vergangen habe. Die Ovationen, die ihm die Bevölkerung darbringe, können ihm als Beweis der Zusammengehörigkeit der Deutschen aller Klassen in schweren Zeiten gelten, wenn es sich darum handele, einen zu Unrecht angegriffenen und geschmähten Deutschen zu verteidigen.

Keine Zurückziehung der Revision.

In der Erwiderung auf die Begrüßungsworte des Oberpräsidenten Dr. Schwander betonte der General, daß die Meldungen französischer Zeitungen, nach denen er dem Präsidenten der Republik für seine Begnadigung gedankt hätte, vollkommen falsch wären. Er hätte vielmehr zwei Schreiben, eines an den Präsidenten der Republik und eines an den Ministerpräsidenten Herriot gerichtet, in denen er zum Ausdruck brachte, daß er gegen die Begnadigung protestiere, weil sie ein unmittelbares Schuldbekenntnis darstellen würde. Er verlange nicht, begnadigt zu werden, sondern er verlange seinen Freispruch durch die von ihm beantragte Revision.

Unter großen Kundgebungen fuhr der General im Auto in seine Wohnung, begleitet von seiner Gemahlin und einigen Freunden.

Vorverfahren beim Reichsgericht.

Der Oberreichsanwalt hat das Vorverfahren gegen den General von Nathusius aufgenommen. Mit der Untersuchung ist Staatsanwaltschaftsrat Lehmann beim Reichsgericht beauftragt. In Leipzig und in anderen Städten Deutschlands haben die Vernehmungen der Zeugen begonnen, die von dem des Diebstahls beschuldigten General bereits dem französischen Kriegsgericht benannt worden waren. Es handelt sich vor allen Dingen um die Personen, die im Kriege zur näheren Umgebung des Generals von Nathusius gehörten. Auch soll der General selber in Kassel vernommen werden.

Aegyptens Protest an den Völkerbund.

Die Note dem Präsidenten des Völkerbundsrates vorgelegt.

Das Sekretariat des Völkerbundes hat sich nunmehr doch entschlossen, den Protest der ägyptischen Kammer wegen der Gewaltpolitik Englands dem Präsidenten des Völkerbundsrates, Symans, vorzulegen. Dieser neue Entschluß wird damit begründet, daß nicht klar erstlich sei, ob die Protestnote an das Sekretariat oder persönlich an den Vorsitzenden des Völkerbundsrates gerichtet sei.

Verhärfung der Lage in Aegypten.

Die britische Militärbehörde hat vier Mitglieder des früheren Kabinetts Zagul Pascha in Schutzhaft genommen, da sie es im Interesse einer friedlichen Beilegung der gegenwärtigen Krise für angebracht hält, daß diese Männer unter Bewachung gehalten werden; denn solange sich diese Personen in Freiheit befänden, würde es immer Unruhe und Komplotte geben.

Zum Protest gegen diese Verhaftungen haben drei Mitglieder des Kabinetts Zivar-Pascha demissioniert. Sie haben jedoch ihre Mittrittsgesuche zurückgezogen, nachdem die britischen Behörden sich bereit erklärt haben, die Verhafteten den ägyptischen Behörden zur Aburteilung zu übergeben. Die Verhafteten wurden in ägyptische Gefängnisse gebracht.

Die Vertreibung der Aegypter aus dem Sudan.

Als der Stellvertreter des ermordeten Lee Stad an die ägyptischen Truppenteile den Befehl gab, den Sudan zu verlassen, haben sie sich geweigert, dem Befehl Folge zu leisten. Daraufhin wurden sie von englischen Truppen in den Garnisonen des Sudans um-